

Redemanuskript von Dr. Reinhard Brandl, MdB

Informationsveranstaltung des ASP, „Bundeswehr – quo vadis?“

17. November 2011, Ingolstadt

Sehr geehrter Herr Scholz,
liebe Freunde im ASP,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

1) Einleitung

Sie haben mir für mein Referat heute den Titel gegeben: „Bundeswehr – quo vadis?“ Als Nicht-Lateiner reichen meine Kenntnisse trotzdem noch soweit, dass ich den Titel übersetzen kann: Wohin gehst Du Bundeswehr?

Diesen Titel kann man in zweierlei Hinsicht interpretieren:

Zum einen steckt darin die Frage nach der zukünftigen Struktur der Bundeswehr, die jetzt mit der Verkündung der Stationierungsentscheidungen konkrete Form angenommen hat.

Zum anderen kann man hinter „Wohin gehst Du Bundeswehr?“ auch die Frage nach den zukünftigen Einsätzen der Bundeswehr vermuten. Dahinter steckt dann wiederum die Frage nach unserer zukünftigen Sicherheitspolitik und der Rolle Deutschlands in der Welt.

Während die erste Frage, gerade was die Stationierung angeht, in den letzten Wochen intensiv Gegenstand der Berichterstattung war, wird die zweite Frage kaum öffentlich gestellt und diskutiert.

Es zeichnet den ASP in besonderer Weise aus, dass er auch diese zweite Frage nach der sicherheitspolitischen Ausrichtung unseres Landes immer wieder anspricht und zum Gegenstand von Veranstaltungen wie heute macht.

Ich möchte Ihnen deswegen auch heute auf beide Fragen Antworten aus meiner Sicht geben. Der logische Ablauf ist, dass man zuerst die sicherheitspolitische Grundlage klärt und dann daraus die Struktur ableitet.

2) Sicherheitspolitische Grundlage

Mit Blick auf die aktuelle Reform der Bundeswehr wurde die sicherheitspolitische Grundlage, in Form der neuen verteidigungspolitischen Richtlinien, im Mai von Minister Dr. Thomas de Maizière vorgelegt.

Der Titel sagt bereits aus, was der deutsche Anspruch dabei ist: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten.

Ich möchte auf diese drei Punkte kurz eingehen.

Nationale Interessen wahren

Was sind eigentlich nationale Interessen:

Sie ergeben sich aus unserer Geschichte, der geographischen Lage in der Mitte Europas, den internationalen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen des Landes und der Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologiestandort und rohstoffarme Exportnation. Wir haben ein Interesse an einem funktionierenden Welthandel, einem freien Zugang zum Meer und zu natürlichen Ressourcen.

Wir wollen Sicherheit und Schutz für unsere Bevölkerung gewährleisten sowie die territoriale Integrität und Souveränität Deutschlands und seiner Verbündeten sicherstellen.

Wir treten mit unserer Sicherheitspolitik ein für die internationale Geltung der Menschenrechte, für die Förderung der Demokratie und das Völkerrecht.

Unsere wichtigsten Verbündeten sind – aus unserer Geschichte und geographischen Lage heraus – die Partner in der NATO, insbesondere die USA, sowie unsere Partner in der Europäischen Union.

Internationale Verantwortung übernehmen

Der zweite Punkt „Internationale Verantwortung übernehmen“ bedeutet implizit auch dann zu handeln, wenn nicht unmittelbar deutsche Interessen betroffen sind.

Als stärkste Volkswirtschaft in Europa und als drittgrößte Exportnation der Welt haben wir ein übergreifendes Interesse an der Stabilität des internationalen Staatensystems und auch eine Verantwortung.

Der Minister hat in seiner Rede vom 18. Mai den aus meiner Sicht sehr treffenden Ausdruck geprägt: „Wohlstand verpflichtet“. Nur wenn wir mitreden und gefragt werden wollen, müssen wir auch in der Lage sein, Antworten geben zu können. Nicht nur, aber auch militärisch.

Angesichts der weltweiten Finanzkrise, der Verschuldung westlicher Staaten, der auf breiter Front sinkenden Verteidigungsausgaben, dem langsamen Rückzug der USA als globale Ordnungsmacht auf der einen Seite sowie der wachsenden Anzahl an weltweiten Krisenherden, von denen eine Gefahr für unsere Sicherheit ausgehen kann, auf der anderen Seite, rechne ich damit, dass die Anfragen der NATO, der EU und der Vereinten Nationen in Zukunft eher zunehmen, als abnehmen werden.

Das heißt nicht, dass wir überall mit dabei sein müssen. Der Einsatz von Militär birgt immer auch Risiken, die wir im Einzelfall gewichten müssen. Aber immer Nein zu sagen, ist kein Ausdruck von verantwortungsvoller Politik. Der Einsatz von Streitkräften kann vor Ort schlimmeres Leid verhindern. Der Einsatz kann auch die Voraussetzungen schaffen, dass andere nicht-militärische Maßnahmen überhaupt erst greifen können.

Mit einem Nein übernimmt man zumindest eine Mitverantwortung für die Konsequenzen. Wie schwierig eine solche Entscheidung im Einzelfall ist, habe ich dieses Jahr bei der Frage Libyen erlebt.

Es war auf jeden Fall falsch, sich im Sicherheitsrat zu enthalten und uns gegen unsere traditionellen Verbündeten zu stellen. Das widerspricht unseren nationalen Interessen, die ich vorher genannt habe.

Im Nachhinein betrachtet war der Einsatz der NATO richtig. Zu dem Zeitpunkt, als darüber entschieden wurde, war das jedoch nicht absehbar:

- Es kam mir vor wie unüberlegter Aktionismus von Sarkozy.
- Wir kannten die Rebellen, die wir unterstützen sollten, kaum.
- Die Angst war, dass die Operation nicht rein aus der Luft zu gewinnen ist, sondern, dass wir irgendwann gezwungen werden auch Bodentruppen einzusetzen.
- Wir wären dann Konfliktpartei geworden, mit unsicherem Ausgang und ohne klare zeitliche Perspektive für einen Abzug.

Ich gebe offen zu, dass ich mich zu der Zeit und mit der Informationsbasis mit einer Zustimmung schwer getan hätte.

Ich habe mich dann intensiver mit anderen Einsatzentscheidungen, die in der Vergangenheit gefällt worden sind, beschäftigt. Bei keiner war klar, wie sich die Lage entwickeln wird. Bei jedem Engagement, sind immer Risiken mit dabei. Bei militärischen Einsätzen höhere als bei zivilen. Verantwortungsvolle Politik heißt, diese Risiken abzuwägen und dann im Einzelfall zu entscheiden: National und in enger Abstimmung mit unseren Partnern.

Ich sehe mit großer Sorge, dass es nicht nur zu einer wachsenden Bedrohung unserer Sicherheit kommen kann, wenn wir als westliche Welt unsere Verantwortung in der Welt nicht wahrnehmen, sondern auch unser Wertesystem zurückgedrängt wird.

Nehmen Sie als Beispiel China, das ohne Rücksicht auf Menschenrechte und ohne die Forderung nach Demokratie, ihren Einfluss in der Welt und vor allem in Afrika ausbaut. China geht es dort vor allem um den Zugang zu Rohstoffen und um politischen Einfluss. Dem müssen wir als Westen etwas entgegensetzen.

Ich habe gesehen, dass die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sich genau diesem Thema auf einer Veranstaltung in der Max-Immelmann-Kaserne widmen wird. Ich darf gerne darauf verweisen.

Bei alledem müssen wir realistisch bleiben:

- Bei dem was wir an Lösungen versprechen. Es bringt niemanden etwas, wenn wir am Anfang die Ziele zu hoch stecken und sie dann nicht erfüllen.
- Und bei dem was wir an Ressourcen – militärisch und nicht-militärisch – überhaupt zur Verfügung stellen können.

Sicherheit gemeinsam gestalten

Der dritte Punkt aus der Überschrift der Verteidigungspolitischen Richtlinien lautet: Sicherheit gemeinsam gestalten.

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten erlebt, dass der Begriff „Sicherheit“ sich gewandelt hat.

In Zeiten des Kalten Krieges war mit Sicherheit im Kontext von Sicherheitspolitik vor allem der Schutz des eigenen Staatsgebietes gemeint. Die territoriale Integrität Westdeutschlands sollte vor Angriffen aus dem Osten geschützt werden.

Diese Bedrohung war auch nicht sehr dynamisch. Es gab zwar immer wieder Phasen unterschiedlicher Intensität und politischen Streit darüber, wie man damit umgeht – siehe NATO-Doppelbeschluss – aber die Bedrohung war klar verortet.

Es war vor diesem Hintergrund auch verhältnismäßig einfach, die Maßnahmen zur Wahrung von innerer Sicherheit und äußerer Sicherheit voneinander zu trennen. Die sichtbare Bedrohung der äußeren Sicherheit war ausländisches Militär. Es bestand ein weitgehender Konsens in der Gesellschaft darüber, dass man sich davor schützen muss.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Globalisierung sind die Bedrohungen unserer Sicherheit andere geworden. Diese sind jetzt nicht mehr so greifbar wie vorher und wir haben den gesellschaftlichen Konsens, vor was wir uns mit welchen Mitteln schützen wollen bzw. müssen, zumindest zum Teil verloren.

Betrachten wir die Lage heute:

Die Notwendigkeit zur Landesverteidigung bzw. weiter gefasst eine territoriale Bedrohung Mitteleuropas ist im Moment nicht absehbar. Sie ist zwar auf Dauer nicht ausgeschlossen, aber die NATO rechnet für einen solchen Fall mit 10 Jahren Vorlaufzeit.

Volker Perthes, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, der vor wenigen Monaten zu Gast bei der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik in Ingolstadt war, hat den Satz geprägt:

„Die größten Herausforderungen liegen heute weniger in der Stärke anderer Staaten, als in deren Schwäche.“

Das Magazin Foreign Policy erstellt jedes Jahr einen Index der gescheiterten Staaten, der sogenannten „failed states“, und führt darin insgesamt 60 Länder auf, vor allem in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten, in denen entweder keine oder nur eine schwach ausgeprägte staatliche Ordnung herrscht.

Ganz oben auf der Liste stehen:

- Somalia
- Sudan
- Demokratische Republik Kongo
- Afghanistan
- Jemen

Die Wirkungsketten sind meistens ähnlich:

Die staatliche Ordnung zerfällt, es herrschen Bürgerkriege, teilweise auch humanitäre Katastrophen.

Das führt wiederum zu Radikalisierung und Migrationsbewegungen. In Folge dessen wird die ganze Region destabilisiert.

Akteure des Internationalen Terrorismus und Organisierter Kriminalität nutzen die Schwäche aus und schaffen sich dort Rückzugsräume, von denen sie ihre Aktionen auch gegen die westliche Welt planen und durchführen. Bekanntestes Beispiel ist Afghanistan und Al-Qaida.

Klimawandel, Umweltkatastrophen, die demografische Entwicklung auf der einen Seite, der Kampf um knappe Ressourcen, um fruchtbaren Boden und Trinkwasser, um Energie und Rohstoffe auf der anderen Seite, werden in Zukunft vermehrt zu regionalen Instabilitäten führen.

Sicherheitspolitik für Deutschland bedeutet heute insbesondere die Auswirkungen solcher Konflikte auf Distanz zu halten.

Das bedeutet aber auch, dass wir uns im internationalen Rahmen (UN/NATO/EU) an der Vorbeugung und Eingrenzung beteiligen müssen.

Sicherheitspolitik ist nicht mehr nur Sache der Bundeswehr, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe – auch im Ausland.

Es gibt neben dem militärischen, einen breiten Instrumentenkasten an politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, polizeilichen, humanitären und sozialen Maßnahmen, die wir zur Krisenprävention und –begrenzung einsetzen können und müssen. Die Bundeswehr nimmt dabei die militärischen Aufgaben wahr.

Nach meiner Beobachtung spiegelt sich dieser von allen Ressorts getragene Ansatz der vernetzten Sicherheit nicht vollständig in der Praxis der Aufgabenwahrnehmung im Ausland wider. Ich will das an einem praktischen Beispiel verdeutlichen:

Es ist gut für das Image der Bundeswehr, wenn sie in Afghanistan Brunnen bohrt und Schulen baut. Die Soldaten können das auch. Es ist aber nicht ihr primärer Auftrag. Die Bundeswehr ist kein bewaffnetes Technisches Hilfswerk. Wir müssen aufpassen, dass wir den Auftrag der Bundeswehr bei den Auslandseinsätzen nicht überdehnen.

Zusammenfassung

Lassen Sie mich diese Gedanken in 6 Punkten zusammenfassen, auf die wir uns in unserer Sicherheitspolitik und bei der Reform der Bundeswehr in den nächsten Jahren einstellen müssen:

1. Die asymmetrische Bedrohung durch nicht-staatliche Akteure des internationalen Terrorismus bleibt weiterhin bestehen.
2. Zu den nicht-staatlichen Akteuren kommen auch staatliche Akteure, wie der Iran, Syrien oder Nordkorea, von denen eine Mischung aus traditionellen und asymmetrischen Risiken für unsere Sicherheit ausgeht.
3. Die Gefahr durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und die Weiterentwicklung von entsprechenden Trägersystemen wird sich weiter erhöhen. Insbesondere wenn nicht-staatliche Akteure in den Besitz solcher Waffen kommen.

4. Durch die zunehmende weltweite Vernetzung und Abhängigkeit von kritischen Infrastrukturen entstehen neue Bedrohungen, denen mit klassischen Abwehrmaßnahmen nicht mehr begegnet werden kann (Stichwort: Cyber War).
5. Die tendenziell abnehmenden Militärausgaben bei allen unseren Verbündeten, insbesondere bedingt durch die hohe Staatsverschuldungen und die weltweite Wirtschaftskrise, wird den Druck gemeinsam zu handeln erhöhen. Das kann für Deutschland mehr Anfragen und Ausgaben bedeuten. Insbesondere wenn sich die USA als globale Ordnungsmacht zurückziehen werden.

Die 5 Punkte in einem Satz zusammengefasst: Die Bedrohungen nehmen zu, die verfügbaren Mittel nehmen ab.

6. Die Sicherheitslage zeichnet sich weiter durch eine hohe Dynamik aus. Vor einem Jahr, als ich beim ASP gesprochen habe, gab es den Begriff „Arabischer Frühling“ noch nicht. Es war nicht absehbar, dass wir einen Einsatz der Bundeswehr in Libyen diskutieren werden. Ich kann Ihnen heute nicht sagen, was das kommende Jahr, geschweige denn das kommende Jahrzehnt, an Herausforderungen für die Bundeswehr bringen wird.

Wieder in einem Satz: Wir wissen nicht was kommen wird, deswegen müssen wir uns auf alles einstellen.

3) Reform der Bundeswehr

Sicherheitspolitische Anforderungen an die Struktur

Was bedeutet dies nun alles für die Reform und zukünftige Struktur der Bundeswehr?

1. Die Struktur muss auf den Einsatz hin ausgerichtet sein:
 - Hoch flexibel, was sowohl den zeitlichen Vorlauf als auch die geforderten Fähigkeiten angeht.
 - Im multinationalen Verbund mit wechselnden Partnern und Führungsstrukturen (NATO/EU/UN)
 - und theoretisch auf der ganzen Welt.
2. Die Struktur muss so aufgestellt sein, dass sie in Zukunft bei eher zurückgehenden anstatt steigenden Mitteln auch nachhaltig finanzierbar ist.
3. Die Struktur muss ein breites Fähigkeitsspektrum abdecken. Das heißt bei knappen Mitteln eher breit statt tief.

und dann noch ein nicht unmittelbar sicherheitspolitischer Grund:

4. Die Strukturen müssen demografiefest sein. Aufgrund der niedrigen Geburtenraten und der damit verbundenen sinkenden Anzahl an möglichen Bewerbern muss die Bundeswehr immer noch genügend qualifizierten Nachwuchs bekommen.

Das war die Aufgabe.

Sie konnte nur gelöst werden, indem die Bundeswehr verkleinert wird und die freiwerdenden Ressourcen dazu genutzt werden, die Bundeswehr besser auszurüsten und den Dienst für die Soldaten attraktiver zu machen.

Ich denke, die Grundlinien der Reform sind Ihnen bekannt:

Die Bundeswehr wird verkleinert auf 170.000 Zeit- und Berufssoldaten (von derzeit etwa 187.000) und maximal 15.000 freiwillig Wehrdienstleistende sowie 55.000 Beschäftigte im zivilen Bereich. Die Zahl der Reservisten bleibt mit 2.500 konstant. Die Bedeutung der Reserve wird insgesamt zunehmen.

Nach Monaten der Vorbereitung ist, so glaube ich, in den letzten Wochen dem Bundesverteidigungsministerium in Zusammenarbeit mit dem Parlament wirklich Großes gelungen.

Verteidigungshaushalt

Ich beginne mit der zukünftigen Finanzierung der Bundeswehr:

- Haushalt 2011: 31,54 Milliarden Euro
- Haushalt 2012: 31,68 Milliarden Euro
- Haushalt 2013: 31,35 Milliarden Euro
- Haushalt 2014: 30,94 Milliarden Euro

Die Vergleichszahl der alten Finanzplanung aus dem letzten Jahr für 2014 war: 27,64 Milliarden Euro.

- Haushalt 2015: 30,42 Milliarden Euro.

Hinzu kommt, dass es gelungen ist, die durch den reformbedingten Abbau von Personal entstehenden Versorgungskosten von bis zu 1 Milliarde Euro pro Jahr aus dem Einzelplan 14 auszulagern.

Wäre das nicht geschehen, dann wäre durch den Abbau nicht wirklich etwas frei geworden. Aus Gehaltszahlungen wären nur Versorgungszahlen geworden. Jetzt steht das Geld zur Verfügung.

Reformbegleitprogramm

Die Reform wird begleitet durch ein Reformbegleitprogramm, das Härten für betroffene Soldaten, Beamte und zivile Mitarbeiter abfedern soll, aber auch Attraktivitätsmaßnahmen enthält.

Dafür stehen

- 2012: 200 Millionen Euro
- 2013: 250 Millionen Euro
- 2014: 300 Millionen Euro
- 2015: 300 Millionen Euro

zur Verfügung.

Darin enthalten ist unter anderem die Forderung der Soldaten nach einem Wahlrecht zwischen Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld.

Wer sich im Detail dafür interessiert, ich habe die Unterlagen dabei.

Reservistenkonzeption

Ende letzter Woche hat der Bundesminister Dr. de Maizière darüber hinaus den Entwurf für eine neue Reservistenkonzeption vorgelegt.

Künftig soll die Reserve in drei Kategorien gegliedert sein:

- Die Truppenreserve verstärkt die aktiven Verbände im gesamten Einsatzspektrum. Sie umfasst einzelne Dienstposten und Ergänzungsstruppenteile, die bei Bedarf aktiviert werden.
- Die Territoriale Reserve entlastet die aktive Truppe im Heimatschutz. Sie besteht aus den Verbindungskommandos zu den Kreisen und Bezirken in Deutschland, den Stützpunkten für die Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (ZMZ) sowie den neuen Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften.
- Die Allgemeine Reserve umfasst alle nicht beordneten Reservisten und steht für einen möglichen, langfristigen Aufwuchs der Bundeswehr bereit. Sie ist zudem Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft.

Die Konzeption befindet sich noch im Entwurf. Die Entscheidungen über Art, Anzahl und Stationierung von Organisationselementen der Reserve werden noch im Rahmen der laufenden Feinausplanung getroffen.

Stationierung

Ebenfalls in den letzten Wochen wurde die Stationierungsplanung vorgestellt. Das war sicher das Thema, das die Öffentlichkeit am meisten bewegte.

Das Parlament war an der Planung nicht beteiligt. Die Stationierung der Bundeswehr ist eine rein exekutive Entscheidung. Wir haben aber bis zuletzt für unsere Standorte gekämpft und Argumente eingebracht.

Die Kriterien für die Entscheidung waren:

- Funktionalität
- Zukünftige Kosten
- Attraktivität für die Soldaten
- Präsenz in der Fläche

Von den aktuell 328 Standorten der Bundeswehr werden 264 erhalten und 31 geschlossen. Weitere 33 Standorte werden soweit reduziert, dass sie künftig weniger als 15 Dienstposten enthalten und damit nicht länger als Standort bezeichnet werden.

Manche werden sich fragen, weshalb diese Zwergstandorte nicht einfach geschlossen werden. Das wäre ja auf den ersten Blick viel wirtschaftlicher. Bei diesen Standorten, die nach der neuen Definition keine mehr sind, handelt es sich im Wesentlichen um ehemalige Kreiswehrrersatzämter, aus welchen zukünftig Karriereberatungsbüros entstehen. Dort soll

zukünftig die Nachwuchsgewinnung stattfinden, die wiederum Präsenz in der Fläche erfordert.

Auswirkungen auf die Region

In der Region um Ingolstadt – ich zähle dazu: Ingolstadt, Manching und Neuburg an der Donau – sind wir verhältnismäßig gut durch die Reform gekommen.

Wir hatten vor der Reform an diesen drei Standorten 4.430 Dienstposten. Wir werden in Zukunft 3.670 haben. Das ist ein Rückgang von 17 %. Insgesamt verliert Bayern knapp 39 % seiner Dienstposten. Das heißt, andere Regionen sind sehr viel stärker betroffen als wir.

Aber die Verluste sind auch für uns schmerzhaft. Wenige Meter von hier steht das neue Kreiswehrrersatzamt. Wir haben dafür gekämpft, dass es in ein sogenanntes Karrierecenter umgewandelt wird, in dem auch Eignungsfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Erst im Juli hatten wir dort noch gemeinsam mit Vertretern der Bundeswehr und der Stadt einen Termin mit Staatssekretär Christian Schmidt.

Aber es gibt in Zukunft nur 16 Karrierecenter bundesweit, davon 8 mit der Möglichkeit zur Eignungsfeststellung. Bayern bekommt 2. Eines in München mit Eignungsfeststellung und eines in Nürnberg ohne diese Komponente.

Ich hätte mir auch Ingolstadt und Würzburg vorstellen können, aber da hatten wir keine Chance.

Es wird in Ingolstadt aber ein Karriereberatungsbüro geben, in der Größenordnung von 6 Dienstposten, in dem Interessenten aus der Region die Möglichkeit haben, sich über den Arbeitgeber Bundeswehr zu informieren.

Ebenso schmerzlich trifft mich der Verlust des Flugabwehrraketengeschwaders in Manching/Oberstimm. Das war die Kaserne, in der ich meinen Grundwehrdienst geleistet habe.

Die Bundeswehr hatte bisher 3 Flugabwehrraketengeschwader. Eines im Süden und zwei im Norden. Es wird in Zukunft nur eines geben und das ist im Norden konzentriert. Ausschlaggebend dafür waren die bessere Infrastruktur und der leichtere Zugang zur See.

In welchem Zeitraum das Geschwader aufgelöst wird und was dann mit der Max-Immelmann-Kaserne passiert, steht im Moment noch nicht endgültig fest. Ich bin aber in regelmäßigem Kontakt mit den Verantwortlichen vor Ort und dem Bundesverteidigungsministerium.

Für die Pioniere in Ingolstadt, das Eurofighterengeschwader in Neuburg an der Donau sowie die Wehrtechnische Dienststelle in Manching hat die Reform keine wesentlichen Veränderungen gebracht.

Andere Regionen hat es, wie bereits erwähnt, härter getroffen. Dort muss jetzt gemeinsam mit den betroffenen Kommunen, der Staatsregierung und dem Bund nach passgenauen Lösungen gesucht werden, um den Weggang der Bundeswehr auszugleichen.

Alles in allem, hätte es aber noch viel schlimmer kommen können.

Wehrtechnische Industrie

Ich möchte auch ein paar Worte zur Wehrtechnischen Industrie sagen. Auch die hat in unserer Region enorme wirtschaftliche Bedeutung.

Ich denke vor allem an CASSIDIAN mit über 5.000 Arbeitsplätzen in Manching sowie LFK/MBDA mit bald über 1.000 Arbeitsplätzen in Schrobenhausen.

Die aktuelle Reform der Bundeswehr ist nicht angelegt als Sparprogramm für die wehrtechnische Industrie. Im Gegenteil. Dadurch, dass die Bundeswehr sich verschlankt, werden Ressourcen frei, um die Truppe besser für ihre Aufgaben auszurüsten.

Im Vergleich zu diesem Jahr steigen im Haushalt für 2012 sowohl die Ausgaben für Beschaffung als auch für den Materialerhalt. Alleine der Titel „Materialerhalt Luftfahrzeuge“ von 1,1 Milliarden Euro auf 1,23 Milliarden Euro. Das sind knapp 12 %. Ohne die Reform hätten wir diese Spielräume nicht.

Obwohl wir die Ausgaben erhöhen, haben wir bei der Beschaffung aber das Problem, dass 95 % der Mittel für 2012 bereits vertraglich gebunden sind und alleine die 10 größten Rüstungsprojekte bis 2015 75 % des vorgesehenen Etats binden. Das hat viele Gründe.

Eine der zentralen Reformbaustellen ist der Beschaffungsprozess, der vor allem viel zu lange dauert und dadurch über Jahre und Jahrzehnte viel Geld für einzelne Beschaffungsvorhaben bindet. Wenn das Gerät dann endlich zuläuft, hat sich der Bedarf schon wieder überholt, weil die Anforderungen und Einsatzszenarien andere sind.

Dieser Prozess passt nicht mehr in die heutige Zeit.

Nachwuchsgewinnung

Ein weiteres Thema, bei dem sich die Bundeswehr umstellen muss, ist die Nachwuchsgewinnung.

Ich möchte vorausschicken:

- Die aktuelle Lage ist besser als die breite Stimmung.
- Die Zukunft wird aber viel schwieriger als viele heute denken.

Wir haben nach dem Aussetzen der Wehrpflicht einen Freiwilligen Wehrdienst geschaffen. Es ist ein niedrigschwelliger Einstieg in die Bundeswehr, ausgerichtet zum Beispiel auf junge Männer und Frauen, die in ihrer Ausbildung ein Jahr überbrücken möchten.

5.000 davon sind jedes Jahr in der Struktur fest eingeplant. Bis zu 15.000 würden wir nehmen, wenn sie denn kommen. Zum 01. Juli wurde zum ersten Mal einberufen. Über 3.400 sind gekommen. Im Oktober haben noch einmal über 4.500 ihren Dienst angetreten. Ein sehr guter Start, der zeigt, dass die Bundeswehr auch für einen Freiwilligendienst interessant ist.

Hierauf war der Fokus der Öffentlichkeit gerichtet.

Viel wichtiger war aber, dass wir bereits im Sommer unsere Zielzahl bei den Zeitsoldaten erreicht hatten: 1.580 Offiziere + 16.800 Unteroffiziere und Mannschaften. Insgesamt etwa

18.380 junge Männer und Frauen. Wir werden langfristig etwa 17.000 jedes Jahr neu einstellen. Das sind 10 % des Personalbestands.

In den 1980er Jahren hatten wir jedes Jahr 600.000 junge Männer pro Altersjahrgang. Heute steuern wir aufgrund der niedrigen Geburtenzahlen auf 300.000 junge Männer pro Jahrgang zu. Wenn die Bundeswehr im Auswahlprozess jeden 3. Bewerber nimmt, braucht sie jedes Jahr für 17.000 Stellen 51.000 Bewerber.

Das heißt jeder 6. junge Mann – wenn wir die Attraktivität für Frauen weiter erhöhen, vielleicht auch nur jeder 7. – muss sich für eine Karriere als Zeitsoldat bei der Bundeswehr interessieren. An diesen Zahlen wird deutlich, dass auch die Demografie eine Grenze für die Größe einer Streitmacht ist. Wenn die Bundeswehr nicht genügend Bewerber bekommt, muss sie die Kriterien herabsetzen. Das wollen wir nicht.

Bisher hat die Bundeswehr etwa 40 % der Zeitsoldaten aus dem Grundwehrdienst gewonnen. Das hat uns dieses Jahr noch geholfen. Ab nächstem Jahr fällt diese Quelle weitgehend weg.

Das bedeutet, die Bundeswehr muss in Zukunft viel größere Anstrengungen unternehmen, um genügend Soldaten zu rekrutieren. Das geht nicht nur über Werbung und attraktive Rahmenbedingungen.

Das hängt vor allem auch davon ab, wie die Gesellschaft ihren Dienst und den Einsatz wertschätzt. Hierzu kann die Politik einiges beitragen, aber wir brauchen dazu auch Mittler der Bundeswehr in die Gesellschaft hinein.

4) Danksagung

Ich bin deswegen Ihnen, den aktiven und ehemaligen Soldaten, den Interessierten vom ASP, von den Reservisten, von der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik und allen die hier sitzen außerordentlich dankbar, dass Sie sich mit dem Thema „Bundeswehr – quo vadis?“ beschäftigen.

Gerade in Zeiten ohne Wehrpflicht braucht die Bundeswehr einen Anker in die Zivilgesellschaft hinein. Sie darf sich nicht abkoppeln.

Ich hoffe, dass Ihr Interesse jetzt nach meinem Vortrag noch nicht erloschen ist und würde mich freuen, wenn wir weiter diskutieren.

Ich bin als Politiker immer für jede interessierte und fachkundige Anregung von der Basis dankbar.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.